

# Die Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1919 Nr. 224 für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 212

**Bezugspreis:** für Halle und Dorote monatlich Mk. 1,25, vierteljährlich Mk. 3,75, für den Rest des Monats Mk. 1,24, einjährlich Mk. 14,00 außer Postgeb. **Morgen-Ausgabe** Montag, 12. Mai **Anzeigenpreis:** dieses Anzeigen ist je Zeile 20 Pfg., auswärts je Zeile 40 Pfg. — **Geschäftsstelle Halle-Saale:** Leipziger Straße 61/62, Fernruf Centrale 7801, **Geschäftsstelle Berlin:** Bernburger Str. 80, Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290 **Halle-Saale** abends von 7 Uhr an Redaktion 5900 und 5610. — Postbezugsamt: Leipzig 30512. **Eigene Berliner Schriftleitung.** — Verlag und Druck von Otto Ehle, Halle-Saale

# Clemenceaus Antwort

**Verfaßtes, 11. Mai.**  
Die Note der deutschen Friedensdelegation über die allgemeine Forderung des Friedensentwurfes wurde durch Clemenceau am 10. Mai mit folgender Note beantwortet:  
**Herr Vorsitzender!**

Die Vertreter der alliierten und assoziierten Mächte haben von der Note Kenntnis genommen, welche die Forderung der deutschen Friedensdelegation enthält. In Erwartung dieser Mitteilung haben die deutsche Delegation daran erinnert, daß sie sich bei der Formulierung der Vertragsbedingungen von Grundsatzen leiten lassen, nach denen der Waffenstillstand und die Friedensverhandlungen in gegenseitiger Würde und Gleichberechtigung der alliierten und assoziierten Mächte führen hier die Grundsätze des Friedens, sowie die in diesem Sinne aufrecht zu erhalten. Sie können nur Anträgen praktische Wert zu unterbreiten haben, die die deutschen Bevollmächtigten genehmigen die den Ausdruck meiner ausgesprochenen Hoffnung.

Diese Antwort enthält, obwohl sie formal keine grundsätzliche Forderung des Friedensentwurfes abzuleiten läßt, tatsächlich eine neue Forderung, die die Verhandlungen vom 5. Oktober bis 5. November vorigen Jahres, einschließlich der praktischen Verhandlungen über die einzelnen Kapitel des Friedensentwurfes nach. Daß solche Verhandlungen beabsichtigt sind, ergibt sich auch aus der Tatsache, daß am 10. Mai eine große Anzahl von Delegationen über diesen Punkt verhandelt worden sind.

Auf die Note über den Völkerverbund hat Clemenceau geantwortet:

Ich habe die Ehre, Ihnen den Entwurf des deutschen Völkerverbundes zur Verfügung zu stellen. Der Entwurf wird bei unabhängigen Kommissionen, die durch die alliierten und assoziierten Mächte gebildet ist, übermittelt werden. Die deutsche Delegation wird durch eine neue Prüfung der Forderungen und Bedingungen teilnehmen können, die der Völkerverbund in neuer Weise in diesem Punkt als Mittel der Verständigung ausdrückt, in 2. Absatz des 1. Artikels vorgesehen ist.

Geheimlich die den Ausdruck meiner ausgesprochenen Hoffnung.

Diese Antwort macht den Hauptpunkt unserer Frage, die hierauf Bezug hat, deutlich. Sie ist zu verstehen, daß die Note die Forderungen unterstreicht, die, obwohl es nicht als unzulässig, noch als einziger als Mitglied dem Bande angeht.

In Anbetracht der in der 1. Antwort enthaltenen Aufstellungen werden heute praktische Fragen und Bemerkungen gemacht, die auf die territorialen Veränderungen Bezug haben.

## Die Kriegsgefangenen-Frage

**Berlin, 11. Mai.**  
In einer Note vom 21. April waren die Alliierten ersucht worden, ihnen jetzt die Zustimmung zur Vorbereitung für eine allgemeine Forderung der Kriegsgefangenen zu geben. Zuversichtlich war vorzusehen worden, eine Unterkommission für die Kriegsgefangenen ist in Vorbereitung der Frage einzutreten zu lassen.

Karlsruhe hatten die Amerikaner am 30. April mitgeteilt, daß zum Vertransport der Gefangenen in amerikanischer Weise bereits alle erforderlichen Vorkehrungen getroffen seien. Die deutsche Regierung brachte, wenn der Zeitpunkt der Verbringung gekommen sei, nur den Bestimmungsort anzufragen. In der Sitzung vom 10. Mai erklärte ein General, daß die Frage der Rückkehr der deutschen Kriegsgefangenen für den Zeit nicht jetzt gelöst ist, daß sie vielmehr unter internationalen oder Einzelstaaten besprochen werden müßte. Danach erklärte die deutsch-französische Majorität, daß die in dem angeführten Schritte zurückzuführen sind und den in dem Punkte der Maximalzahl, der in Frage zu erwarten ist, abgemessen. Erst dann könnte eine Frage der in einem gemeinsamen Ausschuss zu entscheiden werden.

(Eigene Drahtmeldung der S. P.)

**Verfaßtes, 11. Mai.**  
Herr Fiedlerhoff-Rankau behält heute in einer Note an den Vorsitzenden der Friedenskommission Clemenceau den der deutschen Friedensdelegation übergebenen Entwurf bezüglich der Heimführung der deutschen Gefangenen und Zivilisten fangen an und erlaubt, die Einzelheiten über diese Fragen einer besonderen Kommission zu übermitteln. Wegen der großen Schwierigkeiten der vollständigen Durchführung der Heimführung der Kriegs- und Zivilgefangenen namentlich in Anbetracht der Knappheit des Platzes, wenn die Heimführung mit alsbald verhandelt werden, wenn alle Vorfragen in zum einigigen Besinne der Vertragsparteien bereits erledigt sind. Die deutsche Friedensdelegation schlägt daher vor, die Kommission zur Beratung über die Heimführung und Zivilgefangenen bereits jetzt, getrennt von den übrigen Unterkommissionen, übergeben zu lassen.

In einer weiteren Note übernahm Herr Fiedlerhoff-Rankau den von der deutschen Delegation angebotenen Entwurf eines Vorschlags über internationale Arbeiterrechte. Der

über die in Absatz 13 des Entwurfes der Friedensbedingungen der alliierten und assoziierten Regierungen aufgestellten Forderungen hinsichtlich der in den besetzten Ländern in anerkannt vorkommender Weise mit Hilfe der Arbeiterschaft schon durchgeführt ist. Zur Mittelform an der Gestaltung dieser Dinge ist es notwendig, während der Friedensverhandlungen Vertreter der Landesorgane der Arbeitergewerkschaften oder vertragsfählichen Gremien zu einer Kommission nach Verfaßtes zu berufen.

## Der Kaiser wird ausgeliefert?

(Drahtmeldung der S. P.)  
London, 10. Mai.  
Die „New Yorker News“ melden aus dem Haag, daß die holländische Regierung beabsichtigt hat, den früheren deutschen Kaiser auszuliefern.

**Verfaßtes, 11. Mai.**  
Der holländische Staatsminister Geerin-Lohmann äußerte sich auf die Frage eines Berichterstatters, ob Holland den deutschen Kaiser auszuliefern soll, folgendermaßen: Holland ist an Gerechtigkeit und Recht gebunden und die Auslieferung des Kaisers würde durch die sämtlichen Mächte gebilligt werden. Der Kaiser ist die Entente von Holland die Auslieferung, so wird Deutschland selber Holland um Auslieferung anzufragen müssen. Denn die Auslieferung selbst hängt von unserem Vertrag mit Deutschland ab. Man kann wohl Holland den Kaiser erklären, wenn man den Kaiser selbst aus dem Land fortziehen will, aber das ist doch sehr unwahrscheinlich. Soweit ich es beurteilen kann, ist die ganze Kammer der Ansicht, daß die Auslieferung nicht durchgehen wird.

## Schlesischer Protest

**Breslau, 11. Mai.**  
Der Provinzialparlament von Schlesia hat eine Kundgebung an die Regierung und das Parlament gerichtet, in der er die Empörung ganz Schlesiens über die Friedensbedingungen ausdrückt, die auf unannehmbare Weise wirtschaftlicher Ruin anzuwenden, schädliche Vorkämpfe und Zerschmetterung des deutschen Volkes bedeuten. Die geforderten Leistungen seien unerschwinglich und unüberwindlich. Die Auslieferung eines großen Teiles des schon dezimierten Viehbestandes würde Tausende von Elenden, Kranken, Kindern und Schwachen an Elend und Hunger verurteilen. Die Verschleppung von Schlesia durch Plünderung der oberirdischen Kohlen- und Steinkohleindustrie würde Schlesiens Industrie und Landwirtschaft vernichten. Die Unterzeichner fordern, daß die Regierung diesem Vertrage des Selbstmordes nicht zustimmen.

## Die Nationalversammlung tagt in Weimar

(Von unserem z-Sonderberichterstatter.)  
Weimar, 11. Mai.  
Auf eine letzten des hiesigen Gemeindevorstandes an die Reichsregierung in Berlin gestellte Anfrage bezüglich des Verbleibs der Nationalversammlung in Weimar oder ihrer Zurückverlegung nach Berlin wurde eine im ersten Sinne gehaltene Antwort gegeben. Die Nationalversammlung in Weimar dürfte demnach Mitte oder Ende nächster Woche wieder beginnen.

## Thüringer Arbeiterräte und Reichswehr

**Weimar, 11. Mai.**  
In einer in Gera im Hofe gefundenen Konvention, Thüringer Arbeiterräte wird beschlossen, gegen die Belagerung Thüringer Städte mit Reichswehrtruppen zu protestieren. Im Falle die Belagerung doch erfolgen sollte, ist der Generalstreik zu proklamieren.

## Die deutsche Note und die Presse

(Eigene Drahtmeldung der S. P.)  
**Verfaßtes, 11. Mai.**  
Die Antwort auf die gestern abend überreichte Belegnote an dem deutschen Völkerverbund ist indirekt in dem „Journal de Debat“ enthalten, worin es heißt, die Entente werde es unbedingt ablehnen, den Völkerverbund eines Staates zu bilden, der nach ganz anderen Grundsätzen als die Entente offen wird, daß es sich vollständig um den Völkerverbund der alliierten Länder handle. Die heutige Morgenpresse stellt die deutsche Kundgebung gegen den Friedensvertrag als gut gezielten Part hin, der nicht ernst zu nehmen sei.

## Wilson bleibe in Paris

**Köthen, 11. Mai.**  
Nach drastischer Meldung aus Washington wird Amerika nicht der Unterzeichnung des Friedensvertrages nach Amerika zurückzukehren. Er wird durch die Post oder telegraphisch seine Botschaft an den Kongress senden, worin er die verbleibenden Fragen ansprechen wird, über die der Kongress in erster Linie beraten wird. Der Friedensvertrag und der Vorbehalt des Artikels 10 werden zwischen Frankreich, den Vereinigten Staaten und Großbritannien werden dem Kongress vorgelegt werden, nachdem die Deutschen unterzeichnet hätten.

## Leipzig ohne Kampf besetzt

General Maeder in Leipzig eingerückt. Leipzig, 11. Mai.

Am Sonntag morgen sind nach konzultativem Bahntransport Regimentsgruppen unter General Maeder von vier Seiten her in Leipzig eingerückt und haben die Stadt ohne Kampf besetzt. Die Stadt ist ruhig. Zwischenfälle sind nicht vorgekommen.  
(Eigener Bericht der S. P.)  
Leipzig, 11. Mai.

Der heutige Morgen stellte Leipziger Bürgerstadt vor eine überraschende Tatsache: die Landesjäger haben ihren Einzug gehalten. Alle öffentlichen Gebäude wurden in den frühen Morgenstunden besetzt und die großen Plätze verwandelt sich in Gefechter, von wo aus sich die Truppen unter Zurücklassung von Patronen in die für sie bestimmten Quartiere verteilten. Die Soldaten, welche unter dem Befehl des Generalmajors Maeder liefen, hatten noch langer Wahnhaft teilweise einen mehrstündigen Fußmarsch hinter sich, machten jedoch durchweg einen friedlichen Eindruck. Schon in der ersten Morgenstunde regnete es Flugblätter, welche der Einwohnerschaft von einem Befehl des Generalmajors Maeder Kenntnis gaben, der über Leipzig und die einmündigen Vororte das Ständrecht verleiht. Das Erfinden der „Leipziger Volkszeitung“ sowie der „Haken-Röhre“ wurde bis auf weiteres verboten. Leipzig wurde kampffrei besetzt; wohl ist es zu einigen Zwischenfällen gekommen, die jedoch ganz unbedeutender Natur sind; zu werden vor dem Volkshause drei Personen verletzt, Raucherzettel und Zündkerzen die Straßen und unterhalten die Truppen in ihrer Aufgabe, Menschenansammlungen zu zerstreuen. Die kleine Messe vor dem Hauptbahnhof wurde geschlossen, auch das große Adrennen auf dem Sportplatz wurde abgebrochen, ebenso müssen sämtliche Theater, Varietés, Kinos usw. geschlossen halten. Die Führer der Leipziger Arbeiterbewegung und die Vorstände des A- und S-Rates, darunter auch Dr. Geiger, sind zum Teil in Schutzhaft genommen. Wenn die Leipziger Arbeiterschaft Besonnenheit beobachtet, ist damit zu rechnen, daß die Landesjäger am Mittwoch wieder abziehen.

## Die deutschen Gegenanschläge

In den Beratungen im Reichsabinett über die Antwort auf die sogenannten Friedensbedingungen der Alliierten schreibt unser Berliner Mitarbeiter:  
Das Reichsabinett berät jetzt unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten Ebert täglich über die Formulierung der Gegenanschläge, welche die deutsche Delegation, mit der das Reichsamt in händiger Fassung ist, in Versailles überreichen wird. Es ist schon betont worden und auch in der Note des Grafen Proffort-Rankau an Clemenceau ausgesprochen, daß die Regierung zur Grundlage dieser Gegenanschläge die 14 Punkte des Herrn Wilson machen wird. Aber nicht nur diese, sondern auch jene Grundzüge, welche er in mehreren Vorkäufen an den Kongress vertritt hat und die laut der beim Abbruch des Waffenstillstandes abgeordneten festeren Vereinbarung sämtlich zur Grundlage des abzustellenden Friedens gemacht werden sollen. Die deutsche Regierung wird sich hierbei natürlich nicht auf die theoretische Geltendmachung dieser Grundzüge beschränken, sondern vielmehr auf dieser Basis genau ausgearbeitete konkrete Vorkläre ausarbeiten, welche die verlangten und verbrochenen Wiederanordnungen enthalten, aber eben der Willföhrigen Lösung entgegenstehen; keine Annahmen, keine Kontraktionen, keine Strafentscheidungen. In der Forderung der Gegenanschläge wird heftiger geäußert werden, daß der uns angestrebte Friede, der uns zu einer Kolonie der Entente herabdrücken will, nicht nur unerträglich, sondern besonders in seinen wirtschaftlichen und finanziellen Forderungen auch unerfüllbar ist, daß aber weiter die uns auferlegten Bedingungen auch zu einander in unvereinbarem Widerspruch stehen, indem England uns durch die Abschaffung unseres Handels zu einem Industriestaat, Frankreich aber gleichzeitig durch den Raub eines großen Teiles unserer Erze und Kohlenfelder uns zu einem reinen Agrarstaat machen will, der außerdem mehr, 60 Millionen Menschen zu ernähren, als daß unsere Bevölkerung zum Teil

